

Schuldenkrise USA in Geldnot

Einigen sich die beiden großen Parteien in den USA nicht auf eine Erhöhung der Schuldengrenze, droht dem Land nächste Woche die Zahlungsunfähigkeit. Was würde passieren, wenn es wirklich dazu käme? Wir haben Wirtschaftsexperten aus der Region um eine Einschätzung gebeten.



„Zahlungsausfall kaum zu verhindern“

Wird die Zahlungsunfähigkeit in letzter Minute abgewendet? Was, wenn nicht? Darüber streiten die Experten

Von Marc Chmielewski

BRAUNSCHWEIG. Die Zeit wird knapp. Diese Woche sah es schon fast nach einer Einigung aus, nun wird weiter verhandelt. Gelingt es nicht, eine Erhöhung der Schulden-Obergrenze Amerikas zu vereinbaren, droht ab Dienstag die Zahlungsunfähigkeit.

Wie dramatisch die Lage wirklich ist – und was im schlimmsten Fall passieren könnte –, ist auch unter Experten umstritten. „Die Folgen einer Zahlungsunfähigkeit der USA mag man sich gar nicht ausmalen“, sagt Professor Markus Spiwoks.

Ein Detail erheitert und erschreckt Diskutanten im Internet: Der Technologiekonzern Apple verfügt inzwischen über mehr Barreserven als der US-Staatshaushalt. Gerade noch 74 Milliarden US-Dollar befinden sich in der Staatskasse, teilte das US-Finanzministerium diese Woche mit. Apple verfügt dagegen seinem jüngsten Quartalsbericht zufolge über 76 Milliarden Dollar.

Wallstreet-Analysten sehen dennoch keine Gefahr, dass am Dienstag die Lichter ausgehen. Am 2. August verlieren die USA nach derzeitigem Stand zunächst nur die Fähigkeit, sich an den Kapitalmärkten frisches Geld zu besorgen – vergleichbar mit einem Kreditkartenbesitzer, der sein Limit erreicht hat.

Einige Beobachter sagen, das wirklich kritische Datum sei der 15. August – das Beharren Obamas auf eine Lösung bis Dienstag solle nur den Verhandlungsdruck erhöhen. Regierung und Schatzamt arbeiten an Notfallplänen, um auch beim Scheitern der Gespräche die Staatsschulden bedienen zu können.



Martin Hahmann, Wirtschaftswissenschaftler an der Braunschweiger Welfenakademie

Wie schlimm ist die Lage wirklich? Ich bin zuversichtlich, dass es rechtzeitig zu einer Einigung kommt. Niemand will doch am Ende dafür verantwortlich sein, dass das Land oder sogar die ganze Welt in eine Katastrophe schlittert – nicht einmal die Tea-Party-Bewegung. Blockieren sich die Lager weiter gegenseitig, könnte im Extremfall sogar der Präsident eigenmächtig entscheiden – dann nämlich, wenn er nachweist, dass für den Staat Gefahr im Verzug ist. Dass die meisten mit einem glimpflichen Ausgang der Krise rechnen, spiegelt sich übrigens auch in der Rendite von US-Staatsanleihen wieder. Die liegt mit rund 3 Prozent fast so niedrig wie in Deutschland – das zeugt von Vertrauen in die USA.

Was passiert im schlimmsten Fall? Verschlechtert sich das Rating der USA, müssen sie höhere Risiko-Aufschläge auf ihre Staatsanleihen zahlen. Das würde die Wirtschaft der USA schwächen und hätte langfristig wohl auch geopolitische Konsequenzen. Die Bedeutung Chinas als größtem Gläubiger der USA dürfte weiter zunehmen. Ein Sturz der USA könnte eine weltweite Rezession nach sich ziehen. Unsere Region wäre davon unmittelbar betroffen: Der Produktion von Autos für den Export haben wir einen großen Teil unseres Wohlstands zu verdanken.



Tobias Basse, Volkswirt bei der Nord-LB in Hannover

Wie schlimm ist die Lage wirklich? Im Grunde rechnet niemand wirklich damit, dass es zum großen Knall kommt. Ein Grund: Selbst wenn es bis Dienstag keine Einigung gibt, sind die USA nicht gleich zahlungsunfähig. Zwar wird dieser Zeitpunkt immer kolportiert, aber in Wahrheit ist das nur eine grobe Schätzung, in die ein Sicherheitsaufschlag eingerechnet ist. Selbst wenn das Geld nicht mehr reicht, fließen weiter Einnahmen in die Staatskasse – damit würden Anleihegläubiger wohl vorrangig bedient. Zudem könnte der Staat im Notfall zum Beispiel Gold verkaufen, um die Liquidität zu erhöhen. Ironischerweise würde sich das derzeit besonders lohnen: Gold ist extrem teuer – unter anderem deshalb, weil Anleger den Preis infolge der amerikanischen Haushaltsmisere in die Höhe getrieben haben.

Was passiert im schlimmsten Fall? Sollten die Rating-Agenturen die Bonität der USA herabsetzen, stiege langfristig die Zinslast, Kredite würden nur ihren Einsatzort in den Kundenunternehmen der Region. Aber verdienen sie nicht weniger als die Arbeitnehmer, die direkt in einem Industrie- oder Handwerksbetrieb beschäftigt sind?



Markus Spiwoks, Wirtschaftsprofessor an der Ostfalia-Hochschule in Wolfsburg

Wie schlimm ist die Lage wirklich? Sehr schlimm. Im Grunde hätte man sich schon vor Tagen einigen müssen, um die Situation noch rechtzeitig zu entschärfen. Ob sich nun ein Zahlungsausfall überhaupt noch verhindern lässt, ist fraglich. Es ist erschreckend, dass manche dieses Risiko in Kauf nehmen. In den Reihen der Republikaner gibt es Fanatiker, da helfen Verhandlungen und Drohungen nicht. Ich hoffe, der Druck zur Einigung nimmt weiter zu, wenn erst Staatsdiener in den Zwangsurlaub geschickt und staatliche Einrichtungen geschlossen werden.

Was passiert im schlimmsten Fall? Eine verhängnisvolle Ereigniskette käme in Gang: Die Rating-Agenturen stufen die Bonität der USA deutlich herab. Die Anleger verkaufen panisch ihre US-Staatsanleihen. Die Zinsen steigen extrem. Gleichzeitig wird der Markt mit Dollars überschwemmt. Der Kurs der Währung stürzt dramatisch und reißt die ganze Weltwirtschaft mit sich in den Abgrund. Ein solches Szenario ist, einmal im Gang, kaum noch zu stoppen. Wenn die Saalschlacht erst mal losgeht, kommt keiner mehr aus dem Saal. Ich hoffe, dass sich die Vernunft durchsetzt und eine Krise wie zu Beginn der 1930er Jahre verhindert wird – aber sicher kann man sich da leider nicht sein.

Als Clinton die Gehälter nicht zahlen konnte

Schon in den 90ern waren die USA einmal fast pleite

Von Marc Chmielewski

BRAUNSCHWEIG. Die USA vor der Zahlungsunfähigkeit: Das gab es schon mal – im Jahr 1995. Damals lagen Präsident Bill Clinton und sein republikanischer Widersacher Newt Gingrich über Kreuz. Die Regierung durfte neue Kredite nur mit Zustimmung des Kongresses aufnehmen – und der lehnte ab, weil viele der Ansicht waren, der Staat gebe ohnehin zu viel Geld aus. Die Situation erinnert sehr an heute.

800 000 Bundesangestellte wurden in den Zwangsurlaub geschickt. Einige Ministerien arbeiteten nur noch auf Sparflamme, Nationalparks wurden geschlossen, und die Müllabfuhr in Washington stellte gleich komplett ihren Dienst ein. Um Schuldzinsen zahlen zu können, musste der Staat kurzfristig Milliarden aus einem Pensionsfonds abzweigen – das hatte es bis dahin noch nie gegeben.

„Die Bevölkerung gab den Republikanern die Hauptschuld an der Misere“, sagt Professor Markus Spiwoks von der Ostfalia-Hochschule in Wolfsburg. „Der Demokrat Clinton wurde im Jahr darauf als Präsident wiedergewählt.“ Alles halb so wild also mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit, alles schon dagewesen? Leider nein, sagt Spiwoks. „Damals war die Weltwirtschaft insgesamt stabil. Heute kann davon keine Rede sein, deshalb können vergleichbare Krisen heute viel dramatischere Folgen haben.“

„Wir müssen schon Aufträge ablehnen“

Auch Leiharbeits-Unternehmen spüren den Fachkräfte-Mangel – Randstad investiert daher in Weiterbildung und Mitarbeiter-Bindung

Von Andreas Schweiger

BRAUNSCHWEIG. Im Aufschwung decken viele Unternehmen ihren Personalbedarf über Leiharbeitsfirmen. In Zeit- und Leiharbeit sind bundesweit etwa 900 000 Menschen beschäftigt. Doch auch die Personaldienstleister bekommen den Fachkräftemangel zu spüren.

So könnten sie in einigen Branchen mehr Mitarbeiter vermitteln, als derzeit zur Verfügung stehen. Das berichtet Kurt Bähre, Chef der Niederlassung Braunschweig des Personaldienstleisters Randstad.

Der niederländische Konzern ist nach eigenen Angaben das größte Leiharbeits-Unternehmen in

Deutschland, beschäftigt bundesweit 63 000 Mitarbeiter, davon 900 in unserer Region. „Am gravierendsten bekommen wir den Fachkräftemangel in den Elektro-, Logistik-, Metall- und Pflegeberufen zu spüren“, sagt Bähre. Allein in unserer Region fehlen Randstad 40 Elektriker, 20 Schlosser, 20 Staplerfahrer und 20 Produktionsmitarbeiter.

„In einigen Branchen ist es schwierig, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, daher müssen wir gelegentlich Aufträge ablehnen“, sagt Bähre. Er weist den Einwand zurück, dass das Pendel in Zeiten des

Aufschwungs zurückschwingt und Arbeitnehmer nicht mehr bei einem Leiharbeits-Unternehmen beschäftigt sein wollen.

„Die meisten unserer Mitarbeiter sind unbefristet beschäftigt und wechseln nur ihren Einsatzort in den Kundenunternehmen der Region.“ Aber verdienen sie nicht weniger als die Arbeitnehmer, die direkt in einem Industrie- oder Handwerksbetrieb beschäftigt sind?

„Das ist bei qualifizierten Facharbeitern kaum noch ein Thema. Es gibt zwar seit dem 1. Mai einen Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche,

aber dieser betrifft ungelernete Kräfte. Alle Mitarbeiter bei Randstad werden nach Tarifvertrag bezahlt“, sagt Bähre. Facharbeiter würden sogar übertariflich entlohnt. „Unsere Kunden sind dazu bereit, weil unsere Mitarbeiter entsprechend gut qualifiziert sind.“

Laut Randstad-Regionalleiter Michael Siewert investiert das Unternehmen viel in die Weiterbildung seiner Mitarbeiter. Das sei erforderlich, weil Kunden neue Maschinen einsetzen, deren Bedienung besondere Kenntnisse erfordern. „Wir wollen aber vor allem ein attraktiver Arbeitgeber sein“, sagt er.

Deshalb werde für die Mitarbeiter zum Beispiel eine Fortbildung ange-

boten, die sie über das Internet absolvieren. Zudem gebe es spezielle Angebote für ungelernete Kräfte, um beruflich voranzukommen.

Dazu gehört eine Fachhelferausbildung, mit der ein anerkanntes Zertifikat der Industrie- und Handelskammer oder des TÜV erlangt werden kann. So will Randstad dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnen. Standards wie Betriebsrat sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sollen die Zufriedenheit des Personals erhöhen, Sicherheit geben und das angeschlagene Image der Leih- und Zeitarbeitsbranche verbessern. Siewert: „Wir tun sehr viel dafür, dass sich unsere Mitarbeiter wohlfühlen und lange bei uns bleiben.“

Der beste Weg in den Beruf

Eine Serie unserer Zeitung